

16
Über die Gründung und Tätigkeit der Projektgruppe Griechenland
im SDS Hamburg

Die Projektgruppe Griechenland im SDS Hamburg wurde wenige Monate nach dem Militärputsch vom 21. 4. 1967 gegründet. Sie sah ihre erste Aufgabe darin, die öffentliche Meinung insbesondere im Rahmen der Universität über die wirklichen Ursachen zu informieren, die zur offenen Intervention der USA und der NATO durch das griechische Militär in das politische Leben Griechenlands führten. Nämlich jene Ursachen die von der bürgerlichen Presse verschleiert und von den griechischen linken Parteien verdreht oder verschwiegen werden.

Die Projektgruppe strebt vor allem danach, im Rahmen der linken Bewegung in der Bundesrepublik neue Aspekte über die momentane politische Situation Griechenlands zu zeigen, die notwendig sind, um den Boden für eine konkrete Solidarität mit sich mühsam herausbildenden sozialrevolutionären Kadern in Griechenland vorzubereiten.

Während der a.o. DK des SDS in Frankfurt (29. - 31. März 1968) hat die Projektgruppe Griechenland ihren ersten Initiativ Antrag über "Parlamentarismus und konterrevolutionärer Putsch in Griechenland" gestellt, in dem sie unter anderem betonte: "Der konterrevolutionäre Stättreich der faschistischen Militärs und der USA in Griechenland gemäß dem NATO-Plan "Prometheus" hat (... gezeigt, daß der westeuropäisch-US-amerikanische Gesamtkapitalist in der Lage ist, Opposition innerhalb von Stunden zu liquidieren, die ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse außerparlamentarische Opposition nur als Akklamation einer auf das Parlament fixierten, breiten Mündnispolitik duldet... Deshalb unterstützt der SDS alle (griechischen)... unabhängigen revolutionären Gruppen bei ihrem Versuch, sich zu einer Befreiungsfront zu organisieren."

Außerdem hat die PGG im SDS Hamburg den Versuch unternommen, auch in anderen Städten der BRD durch SDS- und unabhängige griechische Genossen Projektgruppen zu gründen, um mit ihnen durch koordinierte praktische und theoretische Arbeit ein Konzept bzw. Strategie über das Problem Griechenland zu entwickeln. Zu diesem Zweck wurde vorgeschlagen folgende Themen auszuarbeiten.

1. Die strategisch-politische Bedeutung Griechenlands innerhalb der NATO
2. Die politisch-ökonomische Abhängigkeit des Landes von den USA und den Staaten der EWG.
3. Die Rolle der europäischen Peripherie-Länder im Gesamtkapitalistischen System und die Bedeutung des antiimperialistischen, antikapitalistischen und revolutionären Kampfes in diesen Ländern.
4. Die Entwicklung in Griechenland nach dem Militärputsch. (Interessenverflechtung zwischen der Junta und dem amerikanischen sowie auch dem westeuropäischen Monopolkapital)

Im Rahmen einer stetigen Informationskampagne veröffentlichte die Projektgruppe eine Reihe von Informationsblättern, in denen versucht wurde die Problematik über die obengenannten Themen zu intensivieren.

In diesem Sinne wurden im Rahmen der Aufklärungskampagne Aktionen gegen die sogenannte Volksbestimmung der Junta geführt mit dem Ziel auf die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes in Griechenland hinzuweisen.

In Zusammenarbeit mit den schon entstandenen Projektgruppen Griechenland im SDS Berlin und Münster haben wir während der 23. o. DK des SDS in Hannover den Initiativantrag gestellt, der sich mit der Entwicklung des Landes nach der Errichtung der Diktatur und mit den Perspektiven für einen revolutionären Kampf befaßt. In der gleichen DK wurde von uns eine kurze Arbeit über die politischen Kräfte in Griechenland verteilt. Abschließend muß betont werden, daß unsere Bemühungen danach streben, direkt in Kontakt mit revolutionären Kadern in Griechenland zu kommen, um den Widerstand besser unterstützen zu können.

Projektgruppe Griechenland im SDS Hamburg

Genossen - es ist sicher eine Scheiße, wie die letzte Seite (z.B.) getippt ist - wir bemühen uns nicht nur, eine Rota geschenkt zu bekommen, sondern auch eine oder zwei oder drei Schreibmaschinen, die jünger sind als die Jahrhundertwende. Vielleicht, Genossen, könnt Ihr uns dabei unterstützen oder gar irgendeine von Euren schönen Maschinen einfach hierher schicken, wenn's Euch leichter fällt, eine neue zu besorgen.

Und was Ihr auf jeden Fall tun könnt: Eure Beiträge zur Info, soweit sie abgesprochen sind, also sicher erscheinen und nicht hier herausselektiert werden, auf Matrize geschrieben her schicken. Das würde sich diesmal z.B. auf die Beiträge aus Hamburg beziehen. Wir benutzen hier Gestetner-Matrizen (das sind die mit den vielen Löchern als Aufhängung), können aber notfalls von anderen die Aufhängung abschneiden und eine Gestetner-Aufhängung dranheften. Seht also mal zu, was Ihr tun könnt - ob Ihr nicht etwa zu speziellen Themen (wie diese Info oder die zur nk) die gesamte Produktion übernehmen könnt. Wir würden Euch dann die Umschläge oder nur eine Adressenliste und die Manuskripte schicken.

Für den Versand: wir hätten diesen Info gern auch an die SAALA in Heidelberg und die Trikontinental-Gruppe in Köln geschickt, haben aber keine Adressen. Schickt uns also mehr Adressen von solchen Gruppen und von SDS-Basis-, Projekt- und ad-hoc-Gruppen.

Die Mediziner-Basisgruppe in Frankfurt z.B. ist zu erreichen über Gerd Francke, Frankfurt, Schleusenstr. II, 25 19 80.

Zur Lage der politischen Kräfte in Griechenland vor und nach dem Militärputsch

Die neue Verfassung, die dem griechischen Volk von der faschistischen Militärjunta oktroyiert wurde, ist zustande gekommen in der Einsicht, daß die Errichtung einer formal-demokratischen Fassade in der Anlehnung an das imperialistische System eine adäquate Anpassung an die verschleierte Herrschaftsformen dieses Systems darstellt.

Das Plebiszit für die neue Verfassung wurde durch massive Terrormaßnahmen manipulativ durchgepeitscht. Es stellt aber eine suffiziente Legitimierung für die Regierungen all jener Länder dar, die ihre handfesten ökonomischen und politischen Interessen in Griechenland durch die Junta optimal vertreten sehen. Diese Pseudo-Verfassung, die durch das Hinzufügen von Notstandsgesetzen und Verordnungen ihre eigene Aufhebung beinhalten, soll dem US-Imperialismus und dem westeuropäischen Monopolkapital als Vorwand dienen, die nach dem Putsch (21. April 1967) geleistete Wirtschafts- und Militärunterstützung wieder offen aufzunehmen.

Die Diktatur der Junta hat das alte System nicht aufgelöst. Im Gegenteil, das System selbst hat Zuflucht in der Diktatur gefunden um seiner eigenen Erhaltung willen. Diktatur ist also nicht die Negation des Systems, sondern dessen konsequente Fortsetzung. D.h., der Kampf des griechischen Volkes gegen die Diktatur kann nur ein Kampf gegen das System als Ganzes sein.

Gehen wir von dieser Feststellung aus, so stellt sich die Frage nach den politischen Parteien und der Rolle, die sie vor der Errichtung der Diktatur gespielt haben. Diese Frage muß unter Berücksichtigung der in Griechenland vorherrschenden kapitalistischen Produktionsweise und des mit ihr verknüpften sozialen und politischen Systems behandelt werden.

Seit dem Ende des griechischen Bürgerkriegs (1947-1949) ist das Land in die Einflußsphäre des US-Imperialismus geraten. Für die USA war die Ausschaltung des geschwächten kapitalistischen Rivale Großbritannien zugleich der Auftakt für eine Politik, während der Griechenland immer vollständiger in das ruinierende Abhängigkeitsverhältnis mit dem US-Imperialismus gedrängt wurde. Das Vorgehen des imperialistischen Systems wurde objektiv erleichtert durch die Haltung der bürgerlichen Parteien, die die Verflechtung des in- und ausländischen Monopolkapitals unterstützen und die diesen Verflechtungen entsprechenden politischen Verpflichtungen willig eingingen. Die allgemeine Kollaboration des imperialistischen Systems mit der griechischen Reaktion (die Interessenkonvergenz der herrschenden Klasse konzentrierte sich in den Machtzentren Palast, Oligarchie und bürgerliche rechtsgerichtete Parteien) führte folgerichtig zum Beitritt Griechenlands zur NATO (1952) und zur Assoziation an die EWG (1961). Die wichtige strategische Position Griechenlands an der Südostflanke der NATO ließ das militärische Engagement der US-Aggressoren in diesem Land ungeheure Ausmaße annehmen. Ganz Griechenland ist von amerikanischen Militärstützpunkten übersät.

Die herrschende Klasse Griechenlands bediente sich der Armee in Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus zur Gewährleistung einer ungeheuren Stabilisierung und Extension der Vorherrschaft der einheimischen und ausländischen Monopole. Außerdem dienten die Streitkräfte der je an der Macht befindlichen Regierung zur Einschüchterung und Terrorisierung der linken Kräfte.

Kristallisationskern der herrschenden Oligarchie, des Könighauses und der ausländischen Interessen war die erzkonservative "National-radikale Union" (ERE), die unter Karamanlis von 1955 bis 1963 die Regierung innehatte und alle Schachzüge zur Zementierung der bestehenden Eigentumsverhältnisse und Privilegien vollzog. Die schon 1945 begonnene Infiltration

der Polizei, der Armee und der Administration mit reaktionären Elementen wurde während der Regierungszeit der ERE-Partei fortgesetzt und führte dazu, daß schließlich die Polizei, Armee und der gesamte Staatsapparat unter der Verfügungsgewalt der Parteispitze gelangte Paramilitärische Organisationen, wie die TEA ("Regimenter nationaler Sicherheit") auf dem Lande, erwiesen sich als die besten Wahlhelfer der ERE. Die Terrormaßnahmen, Gewaltandrohungen und psychologischen Repressionen machten schon damals jede Rede von sogenannten freien Wahlen zur blanken Fiktion.

Die faschistoiden Elemente dieser Partei bilden heute denjenigen Teil des politischen Potentials, auf dessen Unterstützung sich die Militärjunta stützen kann.

Die griechische Wirtschaftsoligarchie hoffte während der Regierungszeit der ERE durch Ausweitung autoritärer Maßnahmen die Kontrolle über die Massen zu gewährleisten. Man erkannte richtig die Disziplinierung der Masse als unabdingbare Voraussetzung für ein ungestörtes Wachstum des industriellen Kapitals, das im internationalen Maßstab als relativ Unentwickeltes einzuordnen ist. Die Expansionsmöglichkeiten des einheimischen Kapitals finden ihre Begrenzung im Eindringen starker US- und westeuropäischer Monopole. Trotz der relativen Schwäche des griechischen Kapitals kam es in Zusammenarbeit oder in den Dienst des ausländischen Monopolkapitals zur Beherrschung wichtiger inländischer Wirtschaftszweige und damit zur Erheischung sehr hoher Profite.

Dieser Prozeß der Monopolisierung ging Hand in Hand mit der verringerten Lebensluft der unteren Schichten, was eine zunehmende Tendenz zum Bankrott der Kleinunternehmen der bürgerlichen Unterschicht zur Folge hatte. Die gleichzeitig wachsende Proletarisierung einer großen Mehrheit des mittleren und kleineren Bauerntums führte zu einer explosiven Zuspitzung der Klassengegensätze.

Betrachtet man die Abwehrreaktionen der herrschenden Oligarchie gegen diese Verhärtung der sozialen Polarisierung während der ERE-Regierungszeit, so finden sich schon hier Anzeichen für das, was am 21. April 1967 als offene Diktatur sich repräsentierte. Die allgemeine Streikwelle, die sich um 1960/61 über Griechenland ausbreitete und zum Teil, wie z.B. beim Streik der Bauarbeiter in Athen, regelrecht militante Formen annahm, wurde unter stillschweigender Zustimmung der korruptierten Gewerkschaftsbürokratie unter Einsatz von Polizei und Armee gewaltsam unterdrückt.

Der Wille des Volkes zum Widerstand wurde aber von der reformistischen Politik der "Vereinigten Demokratischen Linken" (EDA) erheblich gebremst. Die EDA, Sammelbecken aller linken Kräfte, wurde in ihrem Kern ausgenommen von Mitgliedern der 1947 verbotenen KPG. Die Spitze war permanent von Angehörigen des gemäßigten Flügels besetzt.

Im Art. 1 ihrer Satzung erklärt die EDA, nur im Rahmen der parlamentarisch-demokratischen Ordnung und auf dem Boden der griechischen Verfassung tätig werden zu wollen. Die politische Frage war für die EDA keine Richtfrage mehr. Sie setzte sich lediglich für Verbesserungen innerhalb des bestehenden Systems ein. Im Zuge der voranschreitenden Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte hinkte die EDA immer hinter der Praxis und den Forderungen der Arbeiterklasse her. Jede Auflehnung der Basis gegen das System wurde durch die systemkonforme Einstellung der EDA parlamentarisch domestiziert. Die Tatsache, daß das Parlament als Herrschaftsmittel zugunsten der bestehenden Gesellschaftsordnung nur solange funktioniert, wie es von der Bevölkerung als die eigene Vertretung anerkannt wird, nicht deutlich, daß die EDA - gewollt oder ungewollt - mit ihrer Fokussierung auf das Parlament objektiv die Interessen des imperialistischen Systems und der einheimischen Oligarchie unterstützte, denen daran gelegen war, so lange als eben möglich die formal demokratische Fassade beizubehalten.

Die griechische KP hat ihre historische Aufgabe insoweit nicht erfüllt, als sie durch ihre Politik der friedlichen Koexistenz zur Restauration und Stabilisierung des herrschenden Systems objektiv beitrug und zwar gegen den Willen vieler einfacher Mitglieder. Ihr Verzicht auf eine fundamentale Opposition führte dazu, daß sich der Kampf des Volkes nicht gegen die herrschende Klasse richtete, sondern jeweils gegen die Politik der regierenden Partei. Somit unterstützte die KPG die Bestrebungen des Großbürgertums, die klassenbedingten Gegensätze der griechischen Gesellschaft auf eine Auseinandersetzung der Parteiführungen zu reduzieren.

Diese Politik der EDA/KPG erklärt gleichzeitig ihre Einstellung gegenüber der bürgerlich-liberalen Zentrumsunion (ZU). Die EDA/KPG sah in der ZU jene Partei, die die Voraussetzung für eine Normalisierung des politischen Lebens schaffen würde. Dabei ging sie von einer falschen Analyse der Struktur und des Charakters der ZU aus; denn anstatt durch eine konsequente Opposition die Zweifronten-Politik der ZU zu entlarven, verbrüdete sich die EDA temporär mit ihr.

Die ZU unter Georgios Papandreu betrieb eine schizophrene Politik. Auf der einen Seite erstrebte sie Reformen, die der Stabilisierung des ökonomischen Status der mittleren Schichten dienen sollte, ohne andererseits die wirtschaftliche, politische und militärische Abhängigkeit Griechenlands vom imperialistischen System in Frage zu stellen.

Der sogenannte linke Flügel der Partei unter A. Papandreu, auf den die EDA so viele Hoffnungen gesetzt hatte, sprach von einer Gleichberechtigung Griechenlands im Rahmen der westlichen Welt, vergaß jedoch, daß der US-Imperialismus Griechenland als seine sicherste Kolonie in Europa betrachtete. Während A. Papandreu seine Politik den Amerikanern glaubwürdig machen wollte, formierte sich zur gleichen Zeit, angesichts des zunehmenden Linksrutsches, die griechische Reaktion mit Hilfe des CIA zu einem Gegenanschlag.

Der US-Imperialismus sah weniger eine Gefahr in den Inhalten der Reformpolitik von A. Papandreu, die wirkliche Gefährdung für das in- und ausländische Monopolkapital lag in den möglichen Auswirkungen dieser Bestrebungen: die Realisierung der Reformen hätte zu einer weiteren Politisierung der Massen geführt, die ohnehin im Laufe dieses emanzipatorischen Prozesses, die verpönten parteipolitischen Methoden nicht länger hätten akzeptieren können. Somit wäre die elementare Existenzbedingung eines jeden kapitalistischen Staates, die Kontrolle über die Massen, tendenziell aufgehoben.

Die Machtergreifung der Obristen am 21. April 1967, die nach dem detaillierten NATO-Plan "Prometheus" und mit Hilfe des CIA exakt ablief, stieß nicht auf den geringsten Widerstand seitens der linken Parteien und der ZU, denn sie hatten sich aufgrund ihrer falschen Einschätzung der politischen Situation Griechenlands auf die für den 28. Mai angesetzten Wahlen festgesetzt und keine Vorbereitungen getroffen um den faschistischen Kräften aktiv entgegen zu treten.

Man hatte ja gehofft, daß die linken Parteien aus ihren früheren Fehlern lernen würden und sich in ihren Widerstandstaktik auf neue der derzeitigen Lage adäquaten Methoden orientieren. Aber die starre Beherrschung auf den einmal festgestanzten Standpunkten gerät ihnen zum Verhängnis. Das fortgesetzte Vertrauen in die antidiktatorische Einstellung der bürgerlichen Parteien hindert sie an einer Reflektion der Voraussetzungen, die die Militärdiktatur ermöglichen.

21

Ein Blick in die Zielsetzungen der bisher bekannten Widerstandsorganisationen erhärtet die These, daß die linken Parteien immer noch nicht von der reformistischen Volksfrontpolitik abgerückt sind. Die dahinterstehende Erwartung, das "nationale Bürgertum" könne eine progressive Rolle für die sogenannte "Nationale Demokratische Änderung" spielen, erweist sich als unhaltbar, denn diese Klasse hat sich durch ihre Kollaboration mit dem US-Imperialismus entlarvt.

Aus den Zielen des Abkommens, das zwischen den Widerstandsorganisationen "Patriotische Front" (sie rekrutiert sich aus EDA- und KPG-Mitgliedern und wird im Ausland von Ex-Abgeordneten und Mitglied des Exekutivkomitees der EDA A. Brillakis vertreten) und der "Panhellenischen Antidiktatorischen Bewegung" (sie verkörpert mehr einen Kreis von Personen um A. Papandreou) läßt sich der reformistische Kurs dieser Organisationen erkennen: a) Sturz und Auflösung der Junta, Bestrafung der Verantwortlichen für den Putsch und dessen Folgen. b) Befreiung aller politischen Gefangenen und Rehabilitierung aller jener, die von der Junta verfolgt wurden. c) völlige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen und demokratischen Freiheiten auf Grund der Verfassung, die bis vor dem Putsch galt sowie auch die Aufhebung aller Notstandsgesetze und Verordnungen, die diese Verfassung ad absurdum führten. d) unmittelbare Festsetzung eines Termins für die Durchführung von freien und gerechten Wahlen zwecks einer verfassungsgebenden Versammlung. An den Wahlen werden alle Parteien teilnehmen. Die Wahlen werden durch eine aus allen Parteien und Widerstandsorganisationen gebildeten Regierung durchgeführt werden. e) die verfassungsgebende Versammlung wird eine neue Verfassung wählen und alle nötigen Maßnahmentreffen, die die Volksherrschaft und den wahren demokratischen Prozess auf Grund einer festen, dauerhaften Basis garantieren und den Weg für eine demokratische Entwicklung und den gesellschaftlichen Fortschritt Griechenlands sichern werden.

Diesem Abkommen ist auch die "Demokratische Verteidigung", eine aus Kadern des linken Flügels der ZU bestehende Widerstandsorganisation beigetreten.

Die Alternative zum bestehenden System kann nur der Sozialismus sein. Es würde allen Erfahrungen der griechischen Geschichte widersprechen, die Kampfbereitschaft des Volkes zu unterschätzen. Der bewaffnete Kampf in Griechenland wird auch für die Zukunft der Peripherie-Länder des kapitalistischen Europas entscheidend sein.

Projektgruppe Griechenland im SDS Hamburg

Zur wirtschaftspolitischen Kritik der parlamentarischen Linken und des technokratischen Reformismus in Griechenland

Wir geben im Folgenden in frei übersetzter und leicht gekurzierter Form einen Bericht über die ökonomische Lage in Griechenland wieder, der von einigen griechischen Volkswirtschaftlern (P. Andritsis, D. Filias u.a.) auf dem ersten ökonomischen Kongress in Athen vom 4.-10. Dez. 1966, also wenige Monate vor dem Militärputsch, vorgelegt worden ist.

Dieser Bericht ist aus zwei Gründen wichtig: zum einen, weil er eine Fülle von Informationen über die Lage der griechischen Wirtschaft enthält und sie in systematischem Zusammenhang interpretiert; zum andern, weil er repräsentativ ist für die wirtschafts-

12
politischen Vorstellungen der Zentrumsunion bzw. bestimmter linksliberaler Kreise um die Papanastasiougruppe - allein schon auf Grund der Daten, die der Bericht nicht enthält, nämlich solchen, die relevant sind für eine Klassenanalyse Griechenlands - die Schwächen dieser Konzeption sichtbar werden läßt. Daß die Reformen, die die ZU unter der Führung von Andreas Papandreu in ihr Programm aufnahm, nicht mehr als eine Realisierung moderner amerikanischer Zweckrationalität auf griechischem Boden sein sollten, sagen zuweilen seine Anhänger selbst: "Andreas Papandreou's 'Radikalismus' war (...) nicht mehr als eine Mischung aus 'New Deal', 'New Frontier' und 'Großer Gesellschaft'. In der halbfeudalen byzantinischen Struktur Griechenlands gelten solche Ideen jedoch als höchst radikal, und die extreme Rechte hielt Andreas für einen gefährlichen Kommunisten!" (Rousseas)

Es ist in der Tat so, daß die Opposition im Parlament auch auf ökonomischem Gebiet keine wirkliche Alternative gegenüber der Oligarchie zu bieten hatte:

Die Zentrumsunion akzeptierte den für die griechische Wirtschaft katastrophalen Eintritt in die EWG und die Herrschaft der Monopole, die nur getreu den Regeln des spätkapitalistischen Staatsinterventionismus gewissen Kontrollen unterworfen werden sollten. Andreas Papandreu trat für ein "Ausbalancieren der ausländischen Einflüsse" ein: "Es hängt von der Außenpolitik eines Landes wie Griechenland ab, ob ein bewusster Versuch gemacht wird, die Einflüsse auszubalancieren, oder ob und bis zu welchem Grad wir das Entstehen einer unbalancierten Entwicklung der ausländischen Einflüsse erlauben werden" (Hilton-Rede, 9.2.1967) Seine Symptom-Kritik erweckt den Eindruck, als ob die Verbesserung einiger Faktoren reale Veränderung bedeuten würde. So wurde die sogenannte Papanousos-Reform des Erziehungswesens (Einführung der neugriechischen Sprache in den Schulen, Abitur, Schulpflicht neun Jahre) wie auch die Modernisierungspläne für die Verwaltung (Langrod-Bericht) von einer technokratischen ZU-Gruppe als konkrete Alternative zur Überwindung der Unterentwicklung in der Infra-Struktur gepriesen. Dabei blieb außer Betracht, daß solche Vorstellungen, werden sie nicht im Rahmen eines Wirtschaftsentwicklungsplanes und der politischen Voraussetzungen zu seiner Realisierung verstanden, keine Veränderung bewirken können. Doch die mit der ZU verbundenen Gruppen mußten in der Schaffung solcher Voraussetzungen eine Bedrohung der bestehenden Machtverhältnisse sehen und sie deshalb verhindern. Eine systemimmanente Modernisierung kann letztlich nur die Modernisierung der Monopole bedeuten und nützt lediglich der "Integration" Griechenlands in das internationale System des europäischen und amerikanischen Imperialismus - eine Perspektive, die im Grunde genau den Plänen der jetztigen Militärregierung entspricht.

Was die EDA betrifft, so hat sie sich den Reformern der Zentrumsunion angehängt und im Sinne ihrer Politik der "Einheit der demokratischen Kräfte" einen technokratischen Rechtsruck vorgezogen. Ihre wissenschaftliche Beratergruppe EMOKA vertrat auf dem gleichen Kongreß, auf dem auch das folgende Paper vorgelegt wurde, die Ansicht, "daß nur der Staat in der Lage ist, die Harmonie und Entwicklung der drei dafür wichtigen Faktoren: Investition, technischer Fortschritt, undrationale Organisation der Wirtschaft, herzustellen." Bedeutet Ökonomismus im allgemeinen die Vernachlässigung des subjektiven Faktors in der gesellschaftlichen Entwicklung, so wird er hier opportunistisch so weit getrieben, daß der Charakter der bestehenden

23

Herrschaftsverhältnisse überhaupt außer Betracht fällt. Höchste Instanz sollte nach EMOKA das Parlament sein; die Ohnmächtigkeit des Parlaments, selbst bei demokratischen Mehrheiten (von direkten Interventionen wie etwa der des Königs im Juli 1965 ganz abgesehen), wird dann ein abgespaltenes Problem für die Spezialisten der "Politik".

Die parlamentarische Linke in Griechenland war der Ansicht, daß die "nationale Bourgeoisie" sich gegen die Abhängigkeit des Landes wenden und in ihrem eigenen Interesse die Industrialisierung durchführen könnte (so zitierte noch drei Wochen vor dem Putsch der Militärs die KP-Zeitschrift "Neos Kosmos" den Großindustriellen Drakos, der sich darüber beklagte, der "Staat" (!) wolle keine griechische Industrie). Die Linke übersah, daß die griechische Bourgeoisie ihr entscheidendes Interesse an der Erhaltung des Status quo hatte und eher in Zusammenarbeit und Kompromiß mit ausländischen Monopolen eine Überlebenschance sah als in der Zusammenarbeit mit dem Volk.

Projektgruppe "Griechenland"
im SDS Frankfurt

BERICHT ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE GRIECHENLANDS

Der zweite Weltkrieg hatte Griechenland einen Zustand beispielloser Desorganisation und riesiger Verluste an Anlagen und Produktion gebracht. Im Zeitraum von 1939-45 verminderte sich die Bevölkerung (7,5 Mill.) um 400.000 Personen. Dabei hat man sich zu erinnern, daß Griechenland zu Beginn des Krieges schon ein stark unterentwickeltes Land gewesen war. Die industrielle Produktion machte lediglich 11% der Gesamtproduktivität aus, von einer Gesamtfläche von 132.000 km² waren lediglich 3 Mill. ha bebaut; Arbeitslosigkeit herrschte in Stadt und Land. Die Landflucht und die Stagnation der Beschäftigtenzahlen im industriellen Sektor brachte ein immer stärkeres Ansteigen der Beschäftigten im unproduktiven Dienstleistungsgewerbe. Gleichzeitig wuchs die Bevölkerung der Hauptstadt unproportional stark, so daß sich 1966 schon 25% der Gesamtbevölkerung in ihrem Raum zusammenballten. Nach dem Krieg sah sich das Land vor die Aufgabe gestellt, die zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen und zu entwickeln.

Die Agrar- und Industrieproduktion hat heute längst das Ausmaß der Vorkriegszeit überschritten. Die Getreideproduktion hat sich verdreifacht, mehrmals vervielfacht hat sich auch die Produktion von Baumwollen, Reis und Gemüse; der Verbrauch von Düngern hat sich stark erhöht, ebenso der Grad der Mechanisierung auf dem Lande. Die Industrieproduktion hat sich um das 3fache erhöht. Ihr Anteil am Gesamtprodukt beträgt heute 19%. Zum ersten mal sind Industrien aufgebaut worden, die diesen Namen verdienen, zum ersten mal auch eine Schwerindustrie.

Hinzu kommt, daß man im Bereich der Ideen und der Denkart einen großen Schritt nach vorn gemacht hat. Die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Entwicklung, auch der Fatalismus der ewigen Armut ziehensich vor den Tatsachen zurück. Es fragt sich jedoch, ob soviel unbestreitbarer Fortschritt zu sagen gestattet, daß in Griechenland die notwendigen strukturellen Veränderungen vorgenommen worden sind, und daß man sich jetzt in einer Phase der Entwicklung befindet.

Die Erschütterungen der letzten dreißig Jahre haben das griechische Volk dahin gebracht, nicht das Jahr 1938 sondern das soziale und technische Niveau der entwickelten Länder zum Vergleich zu nehmen. Die große Gelegenheit, durch Mobilisierung aller Kräfte eine grundlegende Veränderung der Wirtschaft, einen entschiedenen Wiederaufbau des sozialen Systems, was eine Gesundung der Wirtschaft und daraus folgend der Entwicklung Anstoß und Verstärkung gegeben hätte, diese Gelegenheit war schnell verspielt worden. Die wirtschaftliche und soziale Annäherung von Stadt und Land, die ein Ergebnis des Opfergeistes und der Solidarität während des Krieges und der Besetzung gewesen war, ist nicht genutzt worden. Natürlich sind die Geschehnisse des Bürgerkrieges dafür ein Grund, aber auch sicherlich ein Vorwand gewesen. Über die griechische Wirtschaft bleibt einzig zu sagen, daß es weder grundsatzentscheidungen noch klare Zielvorstellungen gegeben hat.

Die Probleme der Modernisierung des Einkommens und der Beschäftigung in der Landwirtschaft bleiben ungelöst. Brennende Probleme des Augenblicks sind die Mechanisierung der bäuerlichen Betriebe, die Flurbereinigung, die Preisfestsetzung für Agrarprodukte und die Schwierigkeiten in der Viehzucht.

Das Ziel der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre ist nicht eine rasche Industrialisierung gewesen, was sich am geringen Anteil der Industrieinvestitionen, an den Gesamtinvestitionen und daran zeigt, daß das Industrieprodukt lediglich 19 % des Bruttosozialprodukts ausmacht (addiert man die Indices für Industrie und Bauwesen, so erhält man 23,3 %; die Vergleichszahl für Portugal für das Jahr 1960 ist 37,5 %).

Das Problem der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsplatzbeschaffung für Jugendliche blieb bisher ohne Antwort. Unterdessen hat sich eine Konsumenten- und Dienstleistungswirtschaft herausgebildet, in der der Industriesektor kaum und der Dienstleistungssektor überentwickelt ist. Griechenland hat das kleinste Durchschnittseinkommen von allen Ländern Europas mit zunehmender Ungleichheit in der Verteilung des Einkommens.

Hinzu kommt, daß das Defizit der Aussenhandelsbilanz sich besorgniserregend vergrößert hat, während das Ergebnis der Assoziation an die EWG zu wünschen übrig läßt, was viele die Forderung erheben läßt, endlich die Ergebnisse dieser Assoziation einer Prüfung zu unterziehen. Schließlich stellen sich in der Bedeutung des ausländischen Kapitals und in der wachsenden Abhängigkeit des Landes Probleme von äußerster Dringlichkeit.

Die griechische Wirtschaft, dem Zufall und den äußeren Einflüssen überlassen, sieht sich zunehmenden Hindernissen gegenüber, die einer verhünftigen Entwicklung entgegenstehen und die die Anstrengungen des Koordinationsministeriums zum Scheitern verurteilen. Hinzuzufügen bleibt, daß eine strikte Monetäre Gleichgewichtspolitik durchgeführt wird und die Administration ein Hemmnis für die Entwicklung darstellt. Als einzig positives wäre die Existenz eines Planungszentrums anzuführen.

Demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung verläuft sehr ungünstig, denn biologische Faktoren und Bevölkerungsverschiebungen haben sich in der Nachkriegszeit sehr verschlechternd auf sie ausgewirkt. Die Zahl der Geburten geht langsam zurück, von 28,4 pro Tausend 1933-37 auf 19,3 1955-59 und 18 1965. Gleichzeitig stieg die Sterblichkeitsquote von 7,3 (55-59) auf 8 (65). Die Zahl der Auswanderer übersteigt bei weitem den Geburtenüberschuß.

Der Bereich der Binnenwanderung verschlechtert sich die demographische Situation. Im Zeitraum von 1951 bis 1961 umfaßt sie etwa 600.000 Personen und hat die Stadtbevölkerung um 23,5 % ansteigen lassen. Allein der athener Raum verbucht 62,7 % des Zuwachses. Dies ist offensichtlich auf ökonomische Gründe zurückzuführen: einerseits auf die Schwäche des Agrarsektors, andererseits auf die Tatsache, daß sich 47 % von denjenigen, die das Land verlassen, sich in der Stadt im Dienstleistungsgewerbe beschäftigen wollen.

Während der Periode 1961-65 gingen 467.700 Personen ins Ausland, d.h. 5,5 % der registrierten Bevölkerung. Schon übersteigt die Auswanderung das natürliche Wachstum der Bevölkerung. 1964 waren von 1000 Einwohnern 12,4 Auswanderer, der geburtenüberschuß betrug aber nur 9,4 (1965 waren die entsprechenden Zahlen 13,96 und 10,03). Diese Auswanderung bringt einen dreifachen verlust des Gleichgewichts; sie betrifft bestimmte Gruppen von Arbeitern und läßt in bestimmten Bereichen des Arbeitskräftemarktes Krisen entstehen; sie betrifft meist junge Menschen, verändert die Zusammensetzung der Altersklassen und bewirkt einen Rückgang der Geburtenrate; sie hat schließlich eine benachteiligung bestimmter Regionen zur Folge und verstärkt die Landflucht. Eine demographische, ökonomische und soziale Auszehrung Griechenlands ist unvermeidlich. Es droht ein Land von Alten und Kindern zu werden. Eine Lösung würde nur die Schaffung hunderttausender neuer Arbeitsplätze bringen, eine gleiche Einkommensverteilung und ein Vertrauen in die Zukunft. Dazu wäre eine schnelle und dauerhafte Steigerung der wirtschaftlichen Wachstumsrate notwendig.

Landwirtschaftliche Produktion

Die Agrarproduktion hat zwar in der Nachkriegszeit einen starken Aufschwung genommen. Wenn auch die jährliche Wachstumsrate von 4 % (1954-64) unter der Gesamtwachstumsrate von 6 % liegt, so gestattet es jedoch die strukturellen Engpässe der griechischen Landwirtschaft letztlich nicht, die Unterentwicklung zu überwinden.

Als positiv ist anzuführen, daß der kultivierte Boden von 3.097.699 ha (1950) auf 3.673.276 ha (1961) zugenommen, die Investitionen im Zeitraum 1961-63 etwa eine Höhe von 800 Mill. Dollar erreicht, die Nutzung des Bodens intensiviert und die Möglichkeiten für eine kommerzielle Verwertung der Agrarprodukte verbessert werden konnte.

Kultivierte Bodenfläche in tausend Hektar

Jahr	Industriekulturen	Gemüse	Futterpflanzen	Obst	Gesamt kult. Boden
1938	190	40,2	132,9	293,8	3097,7
1962	370,7	103,3	307,4	552,4	3673,3
Zunahme	95 %	196 %	131 %	88 %	15 %

Das Brutto-Agrarprodukt nahm mit etwa 123 Mill. Dollar etwa 25,5 % des Bruttonationalproduktes ein. Möglicherweise ist seine Zunahme jedoch lediglich auf den traditionellen Anbau, etwa Getreide, zurückzuführen; zieht man das Wachstum des kultivierten Bodens und die Fortschritte der Bewässerung in Betracht, so bleibt sie ohnehin ungenügend.

In Prozenten des Agrarprodukts

Jahr	Getreide	Futterpflanzen	Oliven	Wein	Obst	Indust. pflanzen	andere
1950/51	17,5%	17,9%	10,7%	10,5%	19,0%	18,1%	6,3%
1962/63	18,8%	17,4%	8,5%	7,1%	20,2%	23,0%	5,0%

Wir müssen feststellen, daß trotz einer positiven Entwicklung einiger Kulturen strukturelle Veränderungen im Produktionsapparat und in der Zusammensetzung des Agrarproduktes kaum zu finden sind.

Das Programm einer Neustrukturierung der Landwirtschaft ist gescheitert. Statt den Getreideanbau einzuschränken erreichte man Rekordernten, die Baumwollproduktion dagegen ging zurück (1961: 277.000 t, 1965: 200.000 t). Die Produktion in der Viehzucht stagnierte, während der Anteil der Einfuhren bis auf 70 % der Inlandsnachfrage stieg. Den hohen Ausgaben, die dabei entstanden, stehen die geringen Einnahmen gegenüber, die durch die Agrarexporte erzielt werden konnten. (1963 machten sie lediglich 30 \$ je Einwohner aus).

Die institutionellen Engpässe halten die Landwirtschaft des Landes in den Schranken der Unterentwicklung. 85% der 1.006.000 Bauernhöfe haben eine Fläche, die weniger als 5 ha umfaßt. Auf 1000 ha kommen in Griechenland 9 landwirtschaftliche Maschinen (BRD 104) und von diesen werden wiederum nur etwa die Hälfte sinnvoll eingesetzt. Der Düngerverbrauch je ha beträgt 38 kg (Niederlande 455, BRD 265). Strukturelle und ökonomische Beschränktheit verhindert den umfassenden Einsatz von Technik; die Produktivität ist entsprechend niedrig und macht nur ein Drittel der der EWG aus. Zwischen 1959 und 1963 wurden 1500 kg Getreide je ha gewonnen, in der BRD 3360 kg.

Ein weiteres Problem bringen die öffentlichen Investitionen und die Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe. Ein offensichtlicher Mangel an Investitionen für Ausrüstung und Verbesserung ist festzustellen (die Kredite hierfür machten 1961 nur jeweils 8,35 und 3,51% der Gesamtsumme aus; 1938 waren es noch je 9,85 % und 12,9 % gewesen). Der Rückgang der langfristigen Kredite zeigt den hohen Grad der Verschuldung der landwirtschaftlichen Unternehmen an, der kaum noch weitere Verschuldung im Rahmen der bestehenden Kreditgewährung zuläßt.

Neue langfristige Kredite in Mio Drachmen bzw. %

Jahr	1959	1960	1961	1962	1963
Zunahme	903	977	986	739	856
"	45,6%	38,5%	37,2%	26%	23,5%

Ein weiterer Engpaß in der Entwicklung des Agrarsektors ist der Mechanismus, mit dessen Hilfe die Preise für Agrarprodukte bestimmt werden. Sie werden festgelegt ohne daß eine wirkliche Kostenberechnung erfolgt, so daß Bauern, die auf Dünger, importierte Maschinen und Energie angewiesen sind, benachteiligt werden. Das hat zur Folge, daß (1964) das Einkommen in der Landwirtschaft nur 51% des durchschnittlichen Nationaleinkommens und nur 36% des durchschnittlichen Einkommens der Beschäftigten in der Industrie ausmacht.

Die Subventionen zur Stützung der Preise haben im Zeitraum 1954-64 die Summe von 2.822 Mio Drachmen erreicht, wogegen nur 710 Mio Ausstattungssubventionen und 1000 Mio für strukturelle Veränderungen ausgegeben wurden. Anzuführen wäre noch, daß sich die griechischen Bauern noch den ausländischen Importen (meist aus den USA) gegenübersehen und auf kein ausgebautes Handelsnetz zurückgreifen können.

Die Wanderungsbewegungen der Landbevölkerung erklären sich weitgehend aus dem geringen Einkommen und dem Zusammenwirken der geschilderten Engpässe. Die Fehlentwicklung des Agrarsektors scheint im Rahmen der vorhandenen Strukturen unüberwindbar. In Bezug auf die Assoziierungsproblematik Griechenlands mit der EWG müssen folgende Leitlinien für eine Landwirtschaftspolitik in Betracht gezogen werden: beschleunigte Arbeit an der Bewässerung und Verbesserung des Bodens; die Kreditpolitik der Agrarbank muß sich davon leiten lassen, daß der Konsum gedrosselt und technisches Niveau und Produktivität erhöht werden müssen; Herabsetzung der Produktionskosten; Be-

schleunigung der regionalen Entwicklung; Unterstützung von Kooperativen; von öffentlichen Organisationen muß der Handel mit Exportprodukten durchgeführt werden; der Vertrag mit der EWG muß im Sinne der wirklichen Interessen einer nationalen Landwirtschaft modifiziert werden; schließlich ist eine systematische Verbesserung des kulturellen Niveaus der Landbevölkerung dringend notwendig.

Industrieproduktion

Die Entwicklung der Industrie und die Industrialisierung des Landes würden es erlauben, die Probleme der Unterbeschäftigung zu lösen und die Entwicklung der Landwirtschaft mit Hilfe eines erhöhten Einkommens durchzuführen, das Entwicklung und sozialen Fortschritt sichert. Im Verlauf der vergangenen 15 Jahre hat sich die Industrieproduktion verdreifacht, eine begrenzte Zahl großer Industrieunternehmen und einige Schwerindustriebetriebe, im Bereich der **Stahlarzeugung**, der Werften und der Raffinerien entstanden. Bezeichnend für die Energieversorgung des Landes ist, daß in der Vorkriegszeit 37 kWh auf jeden Einwohner, heute dagegen 520 kWh kommen, wenn dies auch nicht im Entferntesten als ausreichende zu betrachten ist.

Nach der Industrieerhebung von 1963 beträgt die Zahl der Betriebe 122.332 mit 471.564 Beschäftigten, von denen 79,4% in Unternehmen arbeiten, die weniger als 10 Personen beschäftigen; 700 Unternehmen beschäftigen mehr als 50 Personen. 92,5 % der Unternehmen sind Handwerksbetriebe; sie haben einen Anteil von 39% am gesamten Industrie-einkommen.

Gegenüber den kleinhandwerklichen Betrieben weisen einige Industriezweige (Metall, Chemie, Textil, Tabak, Erdöl) eine starke monopolistische bzw. oligopolistische Konzentration auf. In den beiden Zentren Athen und Saloniki sind (1958) 50 % der Fabriken und 70-75 % der in der Industrie Beschäftigten konzentriert. Auf Grund dieser Produktionsstruktur kann man sagen, daß Griechenland ein unterentwickeltes Land bleiben wird: der Anteil des Industrieprodukts am Bruttosozialprodukt beträgt 1964 18% (in der BRD 45 %). Die industrielle Zuwachsrate betrug von 1951-bis 1955 im Durchschnitt 10 %, von 1956 bis 1960 6%, von 1961 bis 1965 7,1%. Sie ist nicht groß genug, um die Wirtschaft aus der Unterentwicklung herauszuführen und den Abstand zu den industrialisierten Ländern der EWG zu beseitigen. Der geringe Umfang der griechischen Unternehmen, ihre handwerkliche Struktur hat eine niedrige Produktivität von nur 25.000 Drachmen pro Person zur Folge (BRD 74.000).

Zur Schwäche trägt auch die Zusammensetzung des Industrieprodukts bei; der Anteil von Metallurgie und Maschinenbau liegt jeweils bei 3 %. Da die Investitionen hauptsächlich auf die großen kapitalintensiven Unternehmen entfallen, beträgt die Zunahme für Arbeitsplätze in der Industrie lediglich 3,3 % (1958-63), während der Bevölkerungszuwachs pro Jahr 13,5 % ausmacht. Deshalb sind nur 12,5 % aller Beschäftigten in Industriebetrieben angestellt, einer der Gründe für die hohe Auswanderungsquote. Nur durch die Schaffung von mehreren hunderttausend Arbeitsstellen kann das Problem der Arbeitslosigkeit und der Emigration gelöst werden. Doch vorläufig bleiben die Industrieinvestitionen gering:

	Höhe der Investitionen (in Mio Drachmen)						
	1958	59	60	61	62	63	64
Landwirtschaft	2179	2530	3270	3480	3189	3550	3950
Industrie	1972	1679	1832	2164	3100	2996	3571
Transport	4492	6530	11311	9598	7313	4949	7846
Wohnwesen	5430	5145	5445	6339	7008	7998	10206

(Quelle: Compter Nationaux de la Grece, 1958-1964, Nr 15, Athen 65).
Der Prozentsatz der Investitionen in der Industrie war 1964 10,9 %
gegenüber 11,5% 1958 (BRD 31,2%).

Hauptgründe für die geringen Investitionen

1. der Handelscharakter der nationalen Kapitale
2. die Einkommenspolitik, die zur Erhaltung eines schwachen Binnenmarktes beiträgt
3. Importfreiheit für ausländische Industrieprodukte (allein 1965 wurden Industriegüter, vor allem Konsumgüter, im Werte von 500 Mio \$ eingeführt; der Wert der griechischen Industrieproduktion betrug (1964) 760 Mio \$
4. erwartete Nachwirkungen der assoziierung an die EWG
5. oligopolistische Struktur des Kreditsystems; 30 Unternehmen bekommen 70 % der Kredite
6. der geringe Umfang der öffentlichen Investitionen

Hinzuzufügen ist der wachsende Grad der Abhängigkeit der nationalen Industrie von ausländischem Kapital, das ungefähr 17 % des fixen Industriekapitals vor allem in der Schwerindustrie in Händen hat. Fünf ausländische Gruppen führen 70 % der Investitionen nach dem Gesetzserlaß 2687/53 durch.

Vor die Aufgabe einer schnellen industriellen Entwicklung gestellt, schlagen wir folgende politischen Maßnahmen vor:

1. Erhöhung der Gesamtinvestitionen, die so verteilt werden müssen, daß Industriebetrieben aufgebaut werden können, die Importe überflüssig machen und die die Notwendigkeit einer gleichmäßigen regionalen Entwicklung in Rechnung stellen
2. Die öffentliche Hand muß überall dort eintreten, wo es von privater Seite unterlassen wird
3. Die Assoziierungsverträge mit der EWG müssen im Sinne einer Protektion für die entstehende nationale Industrie modifiziert werden
4. notwendig ist eine selektive Kreditpolitik und ein direkter Eingriff des öffentlichen Sektors zur Schaffung von lebens- und wettbewerbsfähigen Einheiten innerhalb der EWG

Dienstleistungen

Die Irrationalität erreicht ihren Höhepunkt im Dienstleistungssektor; parasitärer Handel, Maklerwesen und versteckte Arbeitslosigkeit bestimmen ihn. 30 % der aktiven Stadtbevölkerung arbeitet im Bereich der Industrie, 70 % jedoch im Bereich der Dienstleistungen (1961), in Berufen, die das Volumen der Umsätze erhöhen (damit auch das Nationaleinkommen) aber zum realen Güterangebot nichts hinzufügen. Diese 70 % sind folgendermaßen zusammengesetzt: Handel 16 %, Transport 11 %, Bauwirtschaft 13%. Übrige Dienstleistungen 30 %. Auf Grund dieser Zahlen kann man folgende Anmerkungen machen:

1. von den in der städtischen Industrie beschäftigten 30 % ist ein nicht geringer Teil mit Handelsaufgaben beschäftigt (kleine Handwerker etwa)
2. die griechische Industrie produziert zum großen Teil Konsumgüter (und sogar Luxusgüter)
3. die überwältigende Mehrheit der Binnenwanderer will sich in Dienstleistungsgewerbe betätigen.

Es wird gesagt, der Konsumcharakter einer Gesellschaft sei das Resultat von "Darstellungseffekten", die aus den höchsten Schichten dieser Gesellschaft stammen. In einem unterentwickelten Land wirkt dieser Effekt direkt auf die Produktionsstruktur mit der Wirkung, daß Luxusprodukte hergestellt werden zum Schaden der nationalen Produk-

tionskapazität, wodurch die Unterentwicklung sich zu verewigen droht. Der Konsumcharakter dieser Wirtschaft wird noch dadurch verstärkt, daß durch eine die Löhne niedrig haltende Einkommenspolitik wesentliche Teile der Bevölkerung eine hohe Konsumneigung haben. Niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit, Parasitismus schaffen ein psychologisches Klima der Unsicherheit, das sich von Tag zu Tag in den Konsumausgaben umsetzt. Aus diesen Gründen ist eine Konsum-Mentalität in unterentwickelten Ländern weit verbreitet; auch die "irrationalen" Verhaltensweisen und die unwirksamkeit der restriktionsmaßnahmen gegen die Nachfrage nach Konsumgütern findet hier eine Erklärung.

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz

Die strukturelle Schwäche der griechischen Wirtschaft spiegelt sich ganz klar in der Zahlungsbilanz wider. Zwar sind die Exporte gewachsen, doch die Wachstumsrate der Importe ist so groß, daß im Jahre 1964 die Exporte nur zu 34,9 % die Importe deckten (im Jahr 1939 waren es 74,9 %). Das erklärt sich nicht nur aus der unterentwickelten Struktur der griechischen Wirtschaft, sondern auch aus der schlechten Außenhandelspolitik der Regierungen. Bei Unterzeichnung des EWG-Vertrages hegte man die Hoffnung, die Bilanz würde sich in nächster Zeit verbessern. Doch im Jahre 1965 machte der Anteil der griechischen Exporte in die Länder der EWG 34,4 % des Gesamtexportes aus (während der Zeit der Unterzeichnung 34,7 %). Im Laufe des selben Zeitraums stieg das Defizit der Handelsbilanz auf 280 Mio \$. Dazu kommt, daß die Zusammensetzung der Exportprodukte gleich blieb, d.h. der Anteil der Industrieexporte betrug 1964 8,1%. In dieser Zeit wächst der Zufluß der "unsichtbaren" Einnahmen (Tourismus, Überweisungen von Ausgewanderten und Matrosen), was dem Land den Ausgleich der Zahlungsbilanz erlaubt. Die "unsichtbaren" Einnahmen sind im Jahre 1965 um 218 Mio \$ höher als die Exporteinnahmen. Dabei wuchs das Defizit der "laufenden Konten" im Jahre 1965 auf 232,4 Mio \$ gegen 73,9 Mio \$ zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Assoziierungsvertrages. Daraus folgt, daß die Finanzposition des Landes sich ständig verschlechtert, denn es muß entweder seine Reserven angreifen oder sich verschulden. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, daß die Auslandsschulden 1965 die Höhe von 673 Mio \$ erreichten, während die Staatsobligationen und die des öffentlichen Sektors 186,1 Mio \$ ausmachen (ca. 20 % des Bruttoinlandsprodukts von 1964).

Die Zahlungsbilanz des Landes ist durch eine ständige Verschlechterung des Handelsbilanzdefizits gekennzeichnet, ebenso durch eine ^{un-}veränderte Struktur eines Landes, das Agrarprodukte exportiert (Tabak). Das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz stellt sich durch die "unsichtbaren" Einnahmen her, die weitgehend von den Schwankungen der internationalen ökonomisch-politischen Konjunktur abhängen, während durch die Verschuldung die Abhängigkeit vom Ausland wächst ...

Zur Klassenstruktur in Griechenland

Vorbemerkung

Aufgrund der Tatsache, daß es sehr wenig exaktes und nachprüfbares Material zu diesem Thema gibt (die Statistiken samt der ihnen zugrundegelegten Einteilungs- und Auswahlkriterien werden nicht umsonst von der Bourgeoisie gemacht), kann das vorliegende Paper nicht mehr als eine Anleitung für die Diskussion über die griechische Klassenstruktur sein.

1. Die Großbourgeoisie

Zur Großbourgeoisie sind neben den höheren Staats-, Militär- und Bankbeamten und neben einem Teil der reaktionären Intelligenz (z.B. Professoren) vor allem die großen Industrie-, Handels- und Transportunternehmen zu zählen. Etwa 2% der Unternehmer beschäftigen mehr als 25 Arbeiter (1958). Nur 700 Unternehmen beschäftigen mehr als 100 Arbeiter. Die Bestimmung des politischen Standpunktes der genannten Gruppen setzt eine Analyse ihres Verhältnisses zu ausländischen Monopolen und internationalen Kapitalverflechtungen voraus:

Eine Reihe großer ausländischer Monopole hat sich in Griechenland niedergelassen, z. B. Litter, Good-Tear, Siemens, MAN, Pechiney, Pirelli. Allein Esso-Pappas, hinter der die Standard-Oil steht, deckt ein Siebtel der gesamtgriechischen Industrietätigkeit; ihr Kapital beträgt über 6 Milliarden Drachmen, das aller amerikanischen Konzerne 14,5 und das gesamte ausländische Kapital 20 Milliarden Drachmen. Insgesamt kann man den Anteil des ausländischen am griechischen Industriekapital auf etwa 40 % schätzen - wenn auch große Unsicherheitsfaktoren dabei zu berücksichtigen sind. Durch die vermehrten Begünstigungen, die das neue Militärregime für ausländische Investitionen gewährt, hat sich das Engagement des amerikanischen und europäischen Monopolkapitals in Griechenland nicht nur absolut, sondern auch proportional erhöht.

Infolge des hohen Anteils von Fremdkapital an der griechischen Wirtschaft ist ein großer Teil der griechischen Großbourgeoisie direkt vom ausländischen Kapital abhängig. Neben dieser gänzlich abhängigen Schicht existieren einige griechische Monopole, die nicht in diesem Maß abhängig sind, vor allem Bier, Chemische Düngemittel, Schiffbau, Wolle, Textilien und Metall, denen die Handelsbanken, mit denen sie eng verflochten sind, große Vergünstigungen gegenüber den griechischen Kleinbetrieben einräumen. Zwar begünstigt der Staat durch Steuererleichterungen teilweise auch Kleinbetriebe, vor allem außerhalb Athens, wodurch er jedoch lediglich ihren Schrumpfungsprozeß verlangsamt und sie gerade noch existenzfähig hält. Andererseits genießen die großen griechischen Unternehmen und Monopole staatliche Protektion, die sie gegen die ausländischen Monopole bestehen lassen soll, sie dadurch jedoch weitgehend von staatlichen Organen abhängig macht. Daneben sind sie eng mit den Banken verflochten.

Sieht man von der Zement-, Textil- und Metallindustrieindustrie ab, dann sind die Monopolgewinne nicht sehr hoch und werden auch nicht im eigenen Betrieb investiert, sondern ausgeschüttet. Für Investitionen werden die Banken in Anspruch genommen. Ein Charakteristikum der griechischen Wirtschaft ist, daß eine weitgehende Selbstfinanzierung der Unternehmen fehlt. Mehr als die Hälfte der großen Industriebetriebe nehmen für mehr als 50% ihres Kapitals Kredit auf. Der Anteil des Kreditkapitals von ca. 450 Großunternehmen - die Kleinunternehmen werden wegen fehlender Sicherheiten nicht finanziert - stieg in der Zeit von 1956 bis 61 von 62 auf 70%. Das erklärt sich aus der Tatsache, daß eine kleine Gruppe sowohl Großunternehmen als auch Banken kontrolliert (zumal 98% des Kapitals der Handelsbanken auf drei Handelsbanken verteilt sind und von ihnen auch langfristige Kredite ausgegeben werden).

Diese Gruppe begünstigt einige Industrieunternehmen, sei es über die Kontrolle der staatlichen Finanzierungsquellen (OXOA 1954, OBA 1959), sei es über die Versicherungsgesellschaften (1960 gehörten 61,3% der VG den Banken). Die Expansionsmöglichkeiten des einheimischen Kapitals finden jedoch ihre Grenzen im Eindringen starker US- und westeuropäischer Monopole.

Der Staat hat sich verpflichtet, durch Verträge mit dem Ausland, die Protektion der griechischen Industrie nur im Rahmen der Kompromisse mit dem Ausland aufrecht zu erhalten. Gemäß dem GATT-Abkommen kann er bei einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz, die Zustimmung der GATT-Kommission vorausgesetzt, Maßnahmen zur Beschränkung der Importe ergreifen. Nach dem Assoziierungsvertrag mit der EWG dürfen die Importe aus deren Mitgliedsländern nicht unter 60% des Vorjahresstandes gesenkt werden. Stufenweise wird die Möglichkeit von Importbeschränkungen (innerhalb von 22 Jahren) überhaupt aufgegeben.

Die dominierende Rolle der ausländischen Wirtschaft wird staatlicherseits konsolidiert durch gesetzliche Begünstigungen ausländischen Kapitals, so Artikel 112 der Verfassung von 1952, Gesetz 2687/1953 und 4171/1961. Verstärkt hat sich diese Tendenz noch unter der Militärregierung durch deren Notverordnungen Nr. 89, 147, 49, die die Abschaffung von Schutzzöllen und direkte Begünstigungen beinhalten. Diese Gesetze werden auch in der neuen Verfassung der Militärregierung verankert im Kapitel über die ... persönlichen Freiheiten!

Vom 21. April bis 31. 12. 67 wurden 3,5 Mill. Drachmen in Griechenland investiert, (Le Monde 5.1. 68), im Jahre 1968 8 Millrd. (Fr. 18.12.68). Die Verträge mit Litten (800 Mill. Dollar), AEG-Telefunken (70 Mill. Dollar), davon 45 Mill. Bonner Kredit), wurden unterzeichnet. Der Interessenkonflikt zwischen den nationalen und den ausländischen Monopolen ist nicht zu leugnen. Vereinzelt konnten sich Großindustrielle darüber beklagen, der "Staat" wolle keine griechische Industrie, und doch zeigt gerade der Putsch, daß die Ansicht der Linken, diese Teile der nationalen Bourgeoisie würden sich gegen die Abhängigkeit des Landes wenden und könnten in ihrem eigenen Interesse die Industrialisierung durchführen, nicht zu halten ist. Der Putsch ist als Versuch anzusehen, die Interessenkonflikte zwischen den Gruppen, die das Herrschaftssystem tragen, die Konflikte zwischen den ausländischen und griechischen Monopolen, nicht mehr in der Öffentlichkeit auszutragen, sondern von oben zu regeln, mit dem Ziel, zur Erhaltung des Systems eine Integration in ein europäisches Gesamtsystem vorzubereiten. Die enge Verflochtenheit dieses Teils der nationalen Bourgeoisie mit Bankwesen und Staat ermöglichte eine interne Schlichtung der Interessenkonflikte, die Gefahr, daß durch ein öffentliches Austragen der Konflikte die antiimperialistische Volksbewegung sich entscheidend verstärken könnte, machte die Schlichtung notwendig.

2. Mittlere und kleine Bourgeoisie

Dazu sind vor allem kleine und mittlere Industrieunternehmen mit bis zu 25 Arbeitern zu zählen (etwa 60 000). Sowie mittlere und kleine Handels- und Maklerunternehmen (100 000), selbständige, freie Berufe, (Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure und ähnliches) und mittlere und untere Staatsbeamte. Ein Teil dieser Gruppen (z. B. Staatsbeamte, Touristik-Unternehmen, Export-Import-Firmen) hat Interessen, die ihn direkt an die vom Imperialismus determinierte Struktur bindet.

Aufgrund der Monopolstruktur der griechischen Wirtschaft und des Einflusses der ausländischen Monopole wird ein Großteil der mittleren und kleineren Unternehmer an der Expansion gehindert und oft in seiner Existenz bedroht. Sie können auch kaum auf Unterstützung durch das Banksystem rechnen. Dennoch kommen diese Unternehmen meist zu keiner radikalen Kritik des

Systems. Einerseits sind sie trotz allem relativ privilegiert, andererseits können sie ihr Unbehagen auf Grund ihrer weitgehenden Abhängigkeit vor den Händlern und den Monopolen nicht artikulieren, es sei denn die fortschreitende Monopolisierung zerstört schließlich auch noch ihre formale Autonomie und macht sie zu Lohnabhängigen.

Solange dies nicht geschieht, kämpfen sie erbittert darum, ihre Position zu erhalten. Ihre politischen Ziel- und Wertvorstellungen sind an dem westeuropäischen Beispiel ausgerichtet. Sie sehen in einer "europäischen" Entwicklung in Zusammenarbeit mit Westeuropa ihre Chance und versuchen, den Zustand der Unterentwicklung und Abhängigkeit als von einer falschen Politik der Rechte (ERE) verursacht zu interpretieren, und unterstützen die ZU. Daran hat auch die Etablierung der Diktatur, die wegen der Neuverteilung der Machtpositionen und der Stärkung der Monopolstrukturen eine Verschlechterung ihrer Position gebracht hat, wenig geändert. Zwar sind sie prinzipiell gegen die Diktatur, die Option für eine anti-imperialistische Volksbewegung könnte jedoch ihre relativ privilegierte Stellung gefährden.

Der kleinen und mittleren Bourgeoisie entstammt der größte Teil der griechischen Studentenschaft. Bestimmt wird in Westeuropa der politische Standort der Studenten wesentlich aus ihrer Einsicht in die spezifischen Probleme, die zur Erhöhung der Monopolprofite und zur reibungslosen Reproduktion der kapitalistischen Herrschaftstrukturen eingerichteten spezialisierten Studiengängen wird das politische Bewußtsein der griechischen Studenten im Wesentlichen durch die gesellschaftliche Herkunft geprägt und von außen in die Universität eingebracht. Allerdings gibt ihnen die besondere Situation der Universität (größere Distanz zum Reproduktionsprozeß, bessere Kommunikationsbedingungen) die Gelegenheit, ihr latent vorhandenes Unbehagen offener zu artikulieren und schafft so die Voraussetzung für die Bildung von Widerstandszentren an den Hochschulen.

Das Proletariat

Die Lohnabhängigen Angestellten in Industrie und Handel (ca. 100 000) sind in Griechenland mehr zum Proletariat zu rechnen. (Interessant ist, daß es seit einigen Jahren keine getrennten Statistiken mehr gibt.) Als Privatangestellte der kleinen Kapitalisten mit niedrigen Löhnen, schlechten Renten und einer andauernd bedrohten Existenz weisen sie im Gegensatz zu Mitteleuropa kaum Anzeichen einer Angestelltenideologie auf. Dies hat sich immer wieder an aktiven geführten Streiks gezeigt, die sich in der Konsequenz ihrer Durchführung nicht von denen der Arbeiter im Handels- und Dienstleistungsgewerbe (200 000) oder denen der Industriearbeiter unterscheiden.

Die Industriearbeiter (ca. 400 000) sind nur in wenigen Städten konzentriert (Athen, Saloniki, Patras, Volos, Kavalla, Agrinio) und in vielen kleinen Unternehmen verstreut. Die Konzentration wird dadurch deutlich, daß etwa 50 % der in der "Manufaktur", d.h. Handwerk und Gewerbe im allgemeinen, Beschäftigten in Athen oder Saloniki tätig sind, jedoch 70-75% der in der Industrie Beschäftigten. Die soziale Lage der Industriearbeiter ist sehr unsicher, die Zahl der Saison- und Gelegenheitsarbeiter unproportional hoch, nicht zu reden von den vielen Arbeitslosen (ca. 500 000) und denen, die emigrieren müssen (in der BRD etwa 200 000).

In der Mehrheit steht die griechische Arbeiterschaft politisch links. In der Opposition gegen das Karamanlis-Regime war sie (ab 1961) vor allem mit der Zentrumsunion vereint und hoffte, durch sie könnte eine Verbesserung der Verhältnisse erreicht werden. Eine undifferenzierte EDA-Politik konnte weder Hoffnungen, durch die ZU könnten radikale Strukturveränderungen möglich sein, noch das radikale Vokabular A. Papandreous entlarven. Eine die Struktur nicht wirklich infrage stellende linksparlamentarische Politik mußte schließlich in ihrer Ausweglosigkeit nach Errichtung der Diktatur zu einer relativen Apathie der Arbeiterschaft führen.

4. Die Bauern

33

Die Bauern machen etwa die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung in Griechenland aus (2,5 Mill.). Starke Proletarisierungstendenzen auf dem Lande, wie auch Landflucht und Auswanderung vermindern ihre Anzahl. Ungefähr 10% von ihnen besitzen mehr als 5 ha und insgesamt 50% des bebauten Bodens (19 000 km²), ein Fünftel von diesen etwa dreissig %. Mangels eigenen Kapitals und unrationeller Bebauung sind viele auf die Unterstützung der Agribank verwiesen und geraten in deren Abhängigkeit. Stark verschuldet sind auch die Mittelbauern (40% der Bauern, 1-5 ha), die, da sie nur wenig Sicherheiten geben können, auf kurzfristige Darlehen angewiesen sind. Sie sind meist Familienbetriebe und beschäftigen nur selten Landarbeiter. Diese machen zusammen mit den Kleinbauern (1ha, 7% des Bodens) etwa die Hälfte der in der Landwirtschaft Beschäftigten aus, die sozial und wirtschaftlich zu den Ärmsten gehören. Es müssen noch andere Faktoren der Beurteilung des Bauernproblems berücksichtigt werden, z.B. die geographische Differenzierung: aus strategischen Gründen werden die Bauern Nordgriechenlands begünstigt.

Durch politischen Druck, Wahlmanipulation, durch den Einfluß der Kirche und Einschüchterung durch bewaffnete Milizeinheiten (TEA) wird eine politische Bewußtwerdung der Bauern verhindert. Das Militärregime versuchte, durch Schuldenerlaß die Unterstützung der Bauern zu gewinnen. Davon waren jedoch weitgehend nur Großbauern betroffen, kleinere Bauern hatten kaum Staatskredite aufnehmen können und bleiben weiterhin privat verschuldet. Für sie gibt es langfristig keine Lösung ihrer Probleme; dennoch müssen bei ihnen, damit eine aktiv politische Einstellung möglich wird, Bewußtseinschranken wie etwa national-konservative Traditionen, Defätismus und Identifizierungsprobleme mit der Macht der Diktatoren abgebaut werden.

Schluß

Die Politisierung und Mobilisierung der armen Bauern und Landarbeiter ist mit Sicherheit eines der schwierigsten, aber auch der wichtigsten Probleme für den revolutionären Kampf in Griechenland. Wenn es gelingt, die bei ihnen bestehenden Schranken zu beseitigen, können sie zusammen mit dem Proletariat, d.h. den Industriearbeitern und kleinen Angestellten, und zusammen mit der progressiven und sich heute revolutionierenden Intelligenz eine anti-imperialistische Front bilden, die das Land aus Abhängigkeit, Unterentwicklung und Unterdrückung führt. Ihr Kampf muß sich gegen den Kapitalismus in Griechenland richten, der mit dem Imperialismus eng verflochten ist, gegen die Großbourgeoisie, die höheren Staatsbeamten und gegen jene Großbauern, die eng mit den Banken verbunden sind. Auf eine Neutralisierung der schwankenden Mittelschichten muß sie hinarbeiten, da deren politische Aktivierung frühestens dann beginnt, wenn die Herrschaft der Diktatur effektiv infrage gestellt ist.

Projektgruppe Griechenland
SDS Frankfurt